



Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

13. Sitzung (öffentlich)

13. März 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

erklärt sich der Ausschuss mit der auf Einladung 16/249
vorgelegten Tagesordnung einverstanden.

1 Gesetz zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1572 – Neudruck

Ausschussprotokoll 16/156
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 16/156

In Verbindung mit:

2 Bewährte Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen erhalten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1471

Der Ausschuss kommt nach eingehender Aussprache abschließend überein, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 abschließend am 10. April 2013 zu beraten und Beschluss zu fassen.

8 Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung**16**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2131

Nach eingehender Debatte kommt der Ausschuss überein, in seiner Sitzung am 8. Mai 2013 den Entwurf des Landesentwicklungsplan zu behandeln und den Antrag der CDU abschließend zu beraten.

3 Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen**22**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1188

Ausschussprotokoll 16/168
Stellungnahmen siehe APr 16/168

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion kommt der Ausschuss überein, die abschließende Debatte auf den 10. April 2013 zu verschieben, da der federführende Ausschuss zu dem Tagesordnungspunkt erst am selben Tage nachmittags dazu berät.

4 Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1286

Ausschussprotokoll 16/160
Stellungnahmen siehe APr 16/160

Vorlage 16/745

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Aussprache mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

5 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG und zur Änderung wasserverbandlicher Vorschriften 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Stellungnahme 16/586

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Debatte zunächst den Antrag der FDP-Fraktion, kein Votum abzugeben, mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP zu.

- 6 Positionspapier zur Vorbereitung von Initialgesprächen mit der energieintensiven Wirtschaft (prognos-Gutachten) 29**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Vorlage 16/648
- Bericht von AL Heinz Baues (MKULNV) 29
 - Diskussion 31
- 7 Bettensteuer erneut vor Gericht gescheitert – Landesregierung muss Genehmigungen zur Erhebung der Bettensteuer zurücknehmen 42**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2123
- Bericht von MR Monika Schneider (MIK) 42
 - Diskussion 43
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen von FDP und CDU wird sodann der Antrag abgelehnt.
- 9 „Energie der Zukunft“ 47**
- Vorlage 16/689
- Bericht von StS Dr. Günther Horzetzky (MWEIMH) 47
 - Diskussion 49
- 10 Ergebnisse der Evaluierung der Förderwettbewerbe im NRW/EU Ziel 2-Programm (2007 – 2013) EFRE 54**
- Auch Antrag der Fraktion der CDU vom 28. Februar 2013
Vorlage 16/691
- Bericht von StS Dr. Günther Horzetzky (MWEIMH) 54
 - Diskussion 57

11 Gutachten der Landesregierung zur CO-Pipeline 61

Auf Antrag der Fraktion der CDU vom 5. März 2013

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/730

– Bericht von MDgt Dr. Diana Hein (MKULNV) 61

– Diskussion 62

12 Bochum Perspektive 2022 65

Auf Antrag der Fraktion der CDU vom 5. März 2013

Bericht
der Landesregierung

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf einen mündlichen Bericht zu verzichten und diesen schriftlich zu erhalten – *siehe Vorlage 16/754*. Dem wird seitens des Ministeriums zugestimmt.

13 Verschiedenes 66**Nächste Sitzung: 10. April 2013 66**

5 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG und zur Änderung wasserverbandlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Stellungnahme 16/586

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Georg Fortmeier leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 23. Januar 2013 zur Federführung an den Umweltausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den AWEIMH überwiesen worden. Der federführende Umweltausschuss habe beschlossen, heute Nachmittag seine abschließende Beratung und Abstimmung durchzuführen und zuvor den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zu geben, auf schriftlichem Wege zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände habe von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Stellungnahme 16/586 übersandt.

Für **Wilfried Grunendahl (CDU)** ist es völlig klar, dass Altlastensanierung in Nordrhein-Westfalen eine sehr wichtige Aufgabe sei. Insofern sei die Vereinbarung zwischen Land, Kommunen und Wirtschaft zu begrüßen. Es gehe allerdings auch um die Frage, wie das Ganze finanziert werden solle. Die nun von SPD und Grünen vorgeschlagene Finanzierung sei eine, die den Weg, den Schwarz-Gelb 2008 eingeschlagen habe, verlasse, nämlich über das Abwasserentgelt mitzuhelfen, diese wichtige Aufgabe vorzunehmen. Darüber hinaus beabsichtige die Koalition in einem anderen Bereich, nämlich beim Wasserentnahmeentgelt, noch einmal die Gebühren zu erhöhen. Man halte das insgesamt für einen falschen Weg und lehne deshalb den vorliegenden Vorschlag ab.

Frank Sundermann (SPD) kündigt an, dass man dem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände zustimmen werde. Man sei auch schon überrascht, dass die CDU sich als Kommunalvertreter hier so aufstelle. Die Kommunen und alle Beteiligten hätten deutlich darauf hingewiesen, dass der AAV auf solide Beine gestellt werden müsse. Durch dieses Gesetz werde das erreicht.

In den letzten Jahren habe es immer wieder Probleme rund um den AAV gegeben, und zwar deswegen, weil die Industrie ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sei, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Deshalb regele die Landesregierung mit diesem Gesetz, dass der AAV zukunftssicher aufgestellt werde. Über die Notwendigkeit des AAVs und dessen sehr guter Arbeit brauche man nicht zu diskutieren. Der Verband arbeite sehr gut. Man könne aber nicht den Verband auf der einen Seite für super und toll finden und auf der an-

deren Seite meinen, die Finanzierung werde sich irgendwie regeln. Denn die Vergangenheit habe gezeigt, dass eine Finanzierung so nicht funktioniere. Deshalb stimme seine Fraktion dem Gesetzentwurf zu, der solide, zukunfts führend und sicherlich so auch richtig sei.

Dietmar Brockes (FDP) stimmt der Grundausrichtung seitens der FDP zu. An einigen Stellen sehe seine Fraktion noch kleineren Korrekturbedarf. Deswegen schlage er vor, zu dem Gesetzentwurf kein Votum abzugeben. Ansonsten werde man sich dem Gesetzentwurf enthalten, wenn der Ausschuss heute darüber abstimmen wolle.

Josef Wirtz (CDU) meint, neben der Finanzierung, auf die sein Kollege Grunendahl schon hingewiesen habe, gebe es noch einige andere Dinge im Gesetzentwurf, die der Gesetzentwurf verändern wolle und dem man nicht zustimme.

Der Verband habe in den letzten Jahren eigentlich gute Arbeit geleistet. Das hänge damit zusammen, dass man auf Augenhöhe miteinander gearbeitet habe: das Land, die Kommunen und die Wirtschaft.

Nun werde im Gesetzentwurf vorgeschlagen, dass man den Vorstand in einer Besetzung verändern wolle. Es solle nun einen Vorstandssitz mehr geben, der dem Land Nordrhein-Westfalen zugutekomme. Insofern verliere die Wirtschaftsbank ihren Einfluss. Dann könne man nicht mehr von Augenhöhe sprechen. Das werde dazu führen, dass man in Zukunft keine freiwilligen Mitglieder für diese gemeinsame Aufgabe gewinnen werde.

Des Weiteren sei vorgesehen, dass zu diesen Sitzungen in Zukunft die IHKs und die Naturschutzverbände eingeladen werden sollten, dies aber ohne Rederecht. In dem Zusammenhang verweist der Redner auf die Regelung im Unterausschuss Bergbausicherheit, indem die geladenen Experten selbstverständlich Rederecht hätten. Ohne Rederecht bräuchte man diese Vertreter auch nicht einzuladen, da sie ohnehin auf den Zuschauerrängen Platz nehmen dürften.

Dies seien einige Punkte, die aus der Sicht seiner Fraktion im Gesetz verbessert werden müssten.

Er schieße sich im Übrigen auch dem Vorschlag des Kollegen Brockes an, dass man, würden hier noch Verbesserungen durchgeführt, man gegebenenfalls bereit sei, gemeinsam das Gesetz im Interesse der Betroffenen und der gesamten Aufgabenbereiche zu verabschieden.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) weist darauf hin, dass die FDP-Kollegen im Ausschuss für Kommunalpolitik da ein bisschen weiter gewesen seien, als die FDP-Fraktion im Wirtschaftsausschuss. Im Kommunalpolitischen Ausschuss habe die FDP nämlich dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Ihre Fraktion halte die getroffene Regelung für gut. Kollege Wüst habe bei einem anderen Tagesordnungspunkt darauf hingewiesen, dass man Gewerbe- und Industrieflächenbedarf habe, insbesondere im Ruhrgebiet, wo Gewerbeflächen in absehbarer

Zeit auslaufen würden. Von daher sei die Frage des Flächenrecyclings eine, die Nordrhein-Westfalen entscheidend betreffen wird. Gerade in einer altindustriellen Region wie dem Ruhrgebiet sei die Altlastensanierung die große Herausforderung der nächsten Jahre. Die getroffene Vereinbarung und das Instrument seien gut. Deshalb werde ihre Fraktion ebenfalls zustimmen.

Der Ausschuss lehnt nach kurzer Debatte zunächst den Antrag der FDP-Fraktion, kein Votum abzugeben, mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU und der FDP ab.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP zu.

